

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Projektentwicklung KIZ

GR. Mag. **Titz** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Titz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der gemeinsame dringliche Antrag von ÖVP und Grünen betrifft die Projektentwicklung um das Kunstkino KIZ. Die Sicherung des Kulturkinos KIZ im Augarten sieht im Miedl/Rüsch-Plan die Weiterentwicklung der Liegenschaft zu einem Kino- und Architekturzentrum als Mehrfachnutzung vor. Das heutige KIZ soll deshalb zur Heimstätte für das Filmfestival Diagonale, für die Architektenkammer und schließlich für den Kinobetrieb Kino im Augarten/KIZ werden. Vorgesehen ist die Errichtung von Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten, wobei Synergieeffekte zwischen den drei Institutionen diese Positionierung mehr als rechtfertigen. Als Veranstaltungsräumlichkeiten stehen ein großer Saal mit zirka 130 Sitzplätzen und ein kleiner mit zirka 70 Sitzplätzen zur Verfügung. Alle drei Institutionen sind mit diesem ersten Konzept einverstanden, und daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und Grünen den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsreferenten Miedl, Rüsch und Riedler werden beauftragt,

1. das vorliegende Konzept weiterzuentwickeln,
2. eine detaillierte Finanzplanung in Kostenwahrheit zu erstellen und eine Folgekostenermittlung zu erstellen, zügig voranzutreiben und
3. auf die Gebietskörperschaften von Bund und Land derart einzuwirken, dass Finanzierungszusagen, die medial von der SPÖ bereits angekündigt wurden, auch eingehalten werden und das Projekt kostenteilig ausreichend finanziert wird (Applaus ÖVP).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Uns von der Sozialdemokratie freut dieser Antrag sehr, weil es ein Beweis dafür ist, dass ohne Mitwirkung der SPÖ anscheinend zwei ÖVP-Regierer total überfordert sind. Weil, wie ich im ersten Satz lese, dass es einen Miedl/Rüsch-Plan gibt, den in diesem Haus nur ganz, ganz wenige Insider kennen dürften, weil wir kennen diesen Plan und ich habe heute mit einigen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, wie dieser Miedl/Rüsch-Plan aussieht in Bezug auf Rettung des KIZ, konnte mir keiner sagen, was drinnen steht, geschweige denn konnte mir irgendjemand diesen Plan überreichen.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir werden dich aufklären.

GR. **Eichberger**: ...dass die beiden Miedl und Rüsch hier kläglich gescheitert sind.
(Weitere Wortmeldung unverständlich).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Nachhaltige Absicherung der Neuen Mittelschule für die Modellregion Graz

GRin. **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die nachhaltige Absicherung der neuen Mittelschule für die Modellregion

Graz. In den letzten Monaten ist sehr viel über die Neue Mittelschule gesprochen worden und es wurden ebenso bereits pädagogische Modelle vom Landesschulrat entwickelt. Zwei steirische Bezirke und die Stadt Graz haben sich bereit erklärt, als Modellregion bei diesem neuen Schultypus mitzumachen. Auch der Grazer Schulstadtrat Werner Miedl hat sich von Anfang an für das Projekt ausgesprochen, um die Hauptschulstandorte langfristig zu sichern.

Das Bundesministerium gab jedoch nun bekannt, dass ausschließlich sechs LehrerInnenstunden pro Klasse und Woche für dieses Pilotprojekt zur Verfügung gestellt würden – mindestens notwendig sind jedoch zwölf LehrerInnenstunden pro Klasse und Woche. Der Landeshauptmann hat nun verlautbart, dass die fehlenden Stunden von der Steiermärkischen Landesregierung für das kommende Schuljahr finanziert werden.

Da jedoch das Bundesministerium für die Bereitstellung der LehrerInnenstunden zuständig ist, kann das Einspringen der Landesregierung nur eine Notlösung sein. Für das Gelingen der Neuen Mittelschule ist jedoch eine nachhaltige Absicherung der LehrerInnenkontingente erforderlich. Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Projekt der Neuen Mittelschule für die Modellregion Graz langfristig abgesichert werden kann, indem die notwendigen LehrerInnenkontingente von mindestens zwölf Stunden pro Klasse und Woche hinkünftig finanziert werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Vielleicht zur Vorklärung, es hat sich nicht ganz durchgesprochen. Es gibt kein Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in der Bundesregierung, es gibt ein Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur zum einen und ein Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Die Ministerin ist der Ansicht, dies sei eine Zahlungszusage des Landes, ich bin der Ansicht, dies sei

nur eine Vorauszusage, eine Vorausleistung, so sieht das auch die SPÖ-Fraktion. Gestern hat Landesschulratspräsident Erlitz noch zum letzten Mal versucht, in einer Verhandlungsrunde diesen Standpunkt vorzutragen, ist aber abgeblitzt und deswegen sagen wir, der Antrag entspricht genau unseren Intentionen, wir unterstützen die Dringlichkeit als auch den Inhalt. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Vor zwei, drei Jahren haben wir hier an dieser Stelle für Gesamtschule und Ganztagschule gesprochen, die ÖVP war da leider nicht im Boot, das muss man auch einmal sagen. Das aus meiner Sicht dunkelste Kapitel seit Jahrzehnten, Stundenkürzungen, die Gusenbauer auch nicht geändert hat, das muss man auch dazu sagen. Wir werden natürlich diesen Antrag voll und ganz unterstützen. Für mich hat der Bund die Verpflichtung, für die Mittel aufzukommen, da gibt es überhaupt keine Frage (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bauer**: Da freue ich mich, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen zu diesem wichtigen Thema.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Petition an die Österreichische Bundesregierung zur verpflichtenden Steigerung des Anteils österreichischer Musik und österreichischer Filme in den Programmen des ORF sowie zur Einrichtung einer unabhängigen Medienbehörde zur aktiven Kontrolle dieser Verpflichtung

GRin. **Kummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kummer**: Tägliche Schlagzeilen über allseits grassierende Unzufriedenheit mit dem ORF füllt den österreichischen Medienwald. Unzufrieden sind die ORF-Mitarbeiter über „das größte Chaos seit 25 Jahren“, unzufrieden ist die österreichische Kulturszene, denn weder Film- noch Musikproduktionen heimischer Künstlerinnen und Künstler finden beim ORF ausreichend Interesse oder gar Sendezeit. Unzufrieden bis erbost sind nun auch die Seher und Hörer des ORF, drohende Gebührenerhöhungen tragen selten zu positiver Stimmung bei.

Im Kreuzfeuer der Kritik befindet sich neben den wirtschaftlichen Aspekten vor allem die Programm-Gestaltung. Der Vorwurf, der ORF setze mehr auf den Einkauf internationaler Filme und Serien denn auf das österreichische Filmschaffen, ist ebenso gerechtfertigt wie jener, dass das österreichische Musikschaffen in den Radioprogrammen des ORF immer weniger berücksichtigt wird. Einkauf und Abspielen internationaler Programme statt Partnerschaft mit den heimischen Film- und Musikschaaffenden. Das ist der falsche Weg.

Denn am anderen Ende dieser Negativ-Spirale sehen sich die heimischen Kulturschaaffenden.

Wenn es in der audio-visuellen Medienlandschaft Österreichs keinen Platz für lebende österreichische Kultur gibt, hat sie sich dann erübrigt?

„Zum Glück ist Hans Moser tot“, plakatiert die InitiativeFilmTv.at, „so muss er das baldige Ende des österreichischen Films nicht mehr miterleben.“ Dem ist nur hinzuzufügen: Zum Glück ist Falco tot, so muss er das baldige Ende der österreichischen Musikszene nicht mehr miterleben.

Noch 1990 waren immerhin 27 % der Popmusik auf Ö3 aus Österreich. Bis ins Jahr 2006 sank dieser Anteil auf traurige 4,97% Die österreichische Musikszene fühlt sich seit 10 Jahren boykottiert.

Das ist nicht nur traurig, es ist vor allem auch nicht legal. Der ORF hält seinen gesetzlichen Programmauftrag nicht ein.

§ 4, ORF-Gesetz sieht klare Verpflichtungen vor:

- Vermittlung und Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft
- angemessene Berücksichtigung und Förderung der österreichischen künstlerischen und kreativen Produktion
- die Vermittlung eines vielfältigen kulturellen Angebotes
- Bedachtsamkeit auf die kulturelle Eigenart und die kulturelle Eigenständigkeit Österreichs.
- als Kultursender soll der ORF sowohl Berichterstatter wie eigenständiger Produzent sein und vor allem Auftraggeber, Arbeitgeber und Forum österreichischer Kreativität und Gegenwartskunst
- die Unterhaltung soll nicht nur die unterschiedlichen Ansprüche berücksichtigen, sondern auch den Umstand, dass sie wie kaum ein anderer Bereich Verhaltensweisen, Selbstverständnis und Identität prägt.

Diese Punkte werden gegenwärtig vom ORF nicht erfüllt. Dennoch gibt es keine Instanz, die eine Einhaltung des Programmauftrages durch den ORF prüft oder gar ahndet.

Ich stelle daher seitens der ÖVP-Fraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle eine Petition an die Bundesregierung richten, wonach geeignete Maßnahmen zur verpflichtenden Steigerung des Anteils österreichischer Musik und österreichischer Filme in den Radio- und Fernsehprogrammen des ORF zu ergreifen sind, und weiters eine unabhängige Medienbehörde insbesondere zur

aktiven Kontrolle dieser Verpflichtung und des allgemeinen ORF-Programmauftrages einzurichten ist.

GR. Herper zur **Dringlichkeit**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht dein erster Dringlicher in der Sache, liebe Daniela, und ich kann nur einiges, was du an Argumenten anführst, was Positives abgewinnen. Also wenn ich denke, dass es durchaus berechtigte Kritik gibt, mehr an österreichischer Filmwirtschaft oder Filmproduzentenförderung auch mit Hilfe des ORF ins Spiel zu bringen. Ich denke an die Kritik, die der Generalsekretär der Produzentenvereinigung Film Austria und einer der Initiatoren von SOS ORF von gestern oder Kurt Stocker als Geschäftsführer der DOR-Film und Mitglied des Film-Austria-Vorstandes oder mein Freund Dieter Pochlatko vor 14 Tagen, der bei einem Festival der Cine Styria, dann kann ich das ja mitvollziehen auch an einigen kritischen Momenten, wenn es darum geht, mehr österreichische Produktionen sowohl im audiovisuellen als auch im Radiobereich und vor allem auch aus dem Bereich der populären Musik betrifft, abgewinnen. Ich finde, der ÖVP geht es wie der ÖVP in der Steiermark oder wie der ÖVP im Bund und der ÖVP-Fraktion offensichtlich im ORF-Stiftungsrat.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Wahlkampf, die Fünfte.

GR. Herper: Dort, wo die ÖVP plötzlich in die Minderzahl kommt, dank Wählerwillen oder Entscheidungen auf demokratischem Wege herbeigeführt, wird sie grantig, macht sie eine Institution, die durchaus verbesserungswürdig ist, madig und lässt die Institution ORF am besten gleich über die Klinge springen. Ich zitiere nämlich den Sprecher der ÖVP-Stiftungsräte im ORF Franz Medwenitsch der meint, den jetzigen Kurs der ORF-Führung verstehe ich, billige ich nicht und werde ihn daher nicht mittragen, das tut die ÖVP laufend und tut das auch derzeit zur gleichen Stunde im ORF Stiftungsrat. Der Grazer Gemeinderat, bei allen Wahlkampfmodalitäten und

Freudigkeiten, eignet sich hier nicht, einen ORF-Wahlkampf zu führen. Das machen schon die nötigen Stiftungsräte, dazu sind sie gewählt worden von verschiedenen Institutionen in den Parteien. Wir brauchen das hier nicht zur gleichen Stunde abführen und mit der Bemerkung, das ist der falsche Weg und der ORF gehört eigentlich sozusagen komplett, ist komplett am falschen Dampfer, und da kommt die letzte Forderung, ich stimme auch teilweise dem Motivenbericht zu, wenn es darum geht, populäre Musik, heimische Filmwirtschaft zu unterstützen, mitzufördern. Ich denke, was du nicht beachtet hast, du zitierst den Ö3-Sender, inzwischen hat sich auch zugunsten deiner Ohren eine Verwandlung der Musiklandschaft ergeben (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Kummer**: Ich bin eigentlich doch nicht so erstaunt, dass die SPÖ sich nicht da entschließen konnte, mitzugehen. Eines möchte ich ganz deutlich sagen, der Dr. Franz Medwenitsch kämpft seit zehn Jahren, nämlich seit 1997, seit diese heimischen Quoten so stark gesunken sind, er kämpft für Hubert von Goisern, er kämpft für Fendrich usw. Als nächstes man kann eh ohne weiters österreichische Musik auf Radio Steiermark (*weitere Wortmeldung unverständlich*)...

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Heimgärten, rechtswidrig errichtete Schwimmbecken – Nichtumsetzung eines rechtskräftigen Urteiles

GR. **Trummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Trummer:** Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zu den vorrangigen Zielen, die sich der Grazer Gemeinderat vorgenommen hat, zählt die Verbesserung der Lebensqualität für unsere Grazer Bürgerinnen und Bürger.

Die Umwelt ist nicht nur ein Teil unseres Lebensraumes Graz, ganz im Gegenteil, sie ist der einzige Lebensraum, den wir haben. Ihre Zukunft ist auch unsere Zukunft.

Die Gestaltung und die Pflege der Grazer Naturräume und der Naturdenkmäler sind uns ein besonderes Anliegen und gerade in diesem Bereich haben die Grazer Heimgartenvereine große Vorbildwirkung und sollten diese auch behalten.

Heimgärten sind wertvoll für das gemeinschaftliche, nachbarliche Zusammenleben, aber auch für das persönliche Wohlbefinden und für die persönliche Ausgeglichenheit. Diese Aspekte sind wichtiger denn je.

Daher sollte sich nicht nur jede Heimgärtnerin/jeder Heimgärtner, für ihren/seinen Garten verantwortlich fühlen, sondern auch die Gemeinschaft und die Öffentlichkeit. Gerade im urbanen Raum, sind die Heimgärten besonders zu schützen.

Aus diesem Grunde ist den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern besonders zu danken, dass durch ihre Aktivität das Bewusstsein der Gemeinschaft und die Wichtigkeit dieser Heimgärten gefördert wird. Umso wichtiger ist es, die bestehenden Anlagen zu bewahren und zu beschützen.

Leider sind diese Beschaulichkeit und dieser Wunsch aber ein wenig aus dem Gleichgewicht geraten. So hat es in einigen Anlagen Verstöße gegen die Kleingartenordnung gegeben, denen die Obleute nicht entgegentreten konnten oder wollten. Die Chronologie eines besonders krassen Beispiels will ich hier aufzeigen:

Seit Jahren gibt es intensive Gespräche mit dem Obmann des HGV Schönau und anderen Gartenbesitzern, die entgegen den Statuten der Grazer Kleingartenordnung Schwimmbecken auf ihren Parzellen errichtet haben.

Da die Kleingartenkommission für die Einhaltung der Kleingartenordnung zuständig ist, wurden zu einer Sitzung der Kleingartenkommission, der auch der Steir. Landesverband der Kleingärtner sowie die Mag.-Abteilung, 8/4-Liegenschaftsverkehr angehören, auch besagter Obmann geladen und in Bezug auf sein widerrechtlich gebautes Schwimmbecken befragt. Dieser erklärte bei dieser Sitzung am 20. Oktober 2004, dass die Kleingartenordnung „nicht das Papier wert sei, auf dem

sie geschrieben ist“. Die Kleingartenordnung sei nicht zeitgemäß, da sich die Heimgärtner an sich verändert hätten – waren früher Pensionisten Benützer der Heimgärten, sind es heute Familien mit kleinen Kindern, für die seiner Meinung nach die Anlagen zu klein sind sowie weiters, dass die Kleingartenordnung keine Vorschrift darstelle, sondern nur eine Ordnung.

Tatsache ist, dass jeder Heimgärtner sich durch seine Unterschrift unter den rechtlich gültigen Unterpachtvertrag zu dessen Einhaltung verpflichtet. Punkt 9 dieses Vertrages lautet wörtlich: „Die Statuten des unter 1 genannten Kleingartenvereines und des Verpächters sowie die Gartenordnung gelten als Bestandteil dieses Unterpachtvertrages. Mündliche Nebenabsprachen sind ungültig.“ In den angeführten Statuten steht weiters unter § 10 (Errichtung von Wasserflächen): „Planschbecken bis zu einem maximalen Fassungsvermögen von 3 m³ dürfen im Bereich von Kleingartenflächen in Daueranlagen errichtet werden.“

Besagter Obmann hat aber im Jahr 2004 das von seinem Vater übernommene Schwimmbecken zum Teil beseitigt und ein weit größeres vollständig neu errichtet. Dadurch hat er den oben zitierten Vertrag nicht eingehalten und hat darüber hinaus auch andere Gärtner zum Bauen von Schwimmbecken angeregt und auf ausgehängten Werbeplakaten für solche Bauten geworben. Dies ist umso unerfreulicher, als er als Obmann ganz besonders für die Einhaltung aller Vorschriften zu sorgen gehabt hätte.

Des weiteren wurde dieser Obmann bei der Sitzung der Kleingartenkommission am 20. Oktober 2004 aufgefordert, die Bestimmungen der Kleingartenordnung einzuhalten und ermahnt, die Heimgärten würden der Bevölkerung als „Kleingärten“ zur Verfügung gestellt und nicht als „Wochenendhaus mit Schwimmbecken“.

Am 1. Juli 2005 wurde anlässlich einer außerordentlichen Kleingartenbegehung im HGVS Schönau festgestellt, dass von einigen Kleingärtnern die Kleingartenordnung nicht eingehalten wird. Insbesondere wurden in einigen Anlagen Schwimmbäder errichtet, was keinesfalls der Kleingartenordnung entspricht und nicht toleriert werden kann.

Der Zentralverband der Kleingärtner Österreichs als Generalpächter wurde aufgefordert, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um einen kleingartenordnungsmäßigen Zustand in den Heimgartenanlagen wieder herzustellen. Dieses Schreiben der Mag. Abteilung 8/4-Liegenschaftsverkehr ist an alle Obleute der Kleingartenvereine, also auch an besagten Obmann ergangen.

Am 15. September 2005 hat die Mag. Abteilung 8/4, Liegenschaftsverkehr ein Schreiben an den Zentralverband der Kleingärtner und Siedler Österreichs mit der Bitte gerichtet, die Stadt Graz ersucht nochmals eindringlich, im Namen des Herrn Bürgermeisters Mag. Siegfried Nagl und Herrn Liegenschaftsreferenten Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler sowie der Mitglieder der Kleingartenkommission um sofortige Veranlassung der Baueinstellung in der Heimgartenanlage Schönau und auch der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. Auch dieses Schreiben ist an den Obmann und Schwimmbecken-Besitzer des Heimgartenvereines Schönau ergangen.

Am 11. Oktober 2005, bei einer weiteren Sitzung der Kleingartenkommission, war auf unsere Einladung auch der Präsident des Zentralverbandes, Herr Ing. Wilhelm Wohatschek, anwesend. Präsident Wohatschek berichtete, dass besagter Obmann vom Zentralverband aufmerksam gemacht wurde, dass ein Schwimmbecken dieser Größenordnung – im Sinne einer Kleingartennutzung – nicht akzeptiert werden kann und es wurde ihm eine Frist bis zum 15. November 2005 gesetzt, um den ursprünglichen Zustand in seinem Heimgarten wieder herzustellen. Falls dies nicht geschieht, so Ing. Wohatschek, muss gegen besagten Obmann gegebenenfalls Klage geführt werden.

Leider aber hat sich dieser über all diese Bitten und letztlich auch Mahnungen unsererseits hinweggesetzt.

Der Zentralverband musste schließlich zum Schutze der anderen Kleingärtner den Rechtsweg bestreiten.

Da besagter Obmann auch diese Frist verstreichen ließ, hatte der Zentralverband der Kleingärtner die Klage gegen diesen eingebracht.

Warum besagter Obmann wegen Nichteinhaltung der Kleingartenordnung (widerrechtlicher Bau eines Schwimmbeckens) geklagt wurde und nicht andere, die ebenfalls widerrechtlich Schwimmbecken errichteten, wurde vom Zentralverband dahingehend begründet, dass dieser als Obmann einer der größten Anlagen mit gutem Beispiel vorangehen müsse und nicht die Kleingartenordnung, die wie schon vorhin erwähnt im Unterpachtvertrag verankert ist, in aller Öffentlichkeit für ungültig zu erklären.

Besagter Obmann wurde in erster Instanz für schuldig befunden und zur Erstattung der Verfahrenskosten sowie zur Beseitigung des Schwimmbeckens verurteilt.

Der Berufung der beklagten Partei wurde keine Folge gegeben und das Urteil erster Instanz vollinhaltlich bestätigt. Mit einem Wort, die Kleingartenordnung ist gültig und einzuhalten und daher dürfen auch keine Schwimmbecken gebaut werden. Alle widerrechtlich gebauten Schwimmbecken müssen abgetragen werden.

Des weiteren hat der Zentralverband (wie besagter Obmann selbst berichtete) in der Hauptvorstandssitzung am 2. Dezember 2006 den einstimmigen Beschluss gefasst, ihm die Vergabe der Heimgärten im Heimgartenverein Schönau mit sofortiger Wirkung zu entziehen. Dieser Beschluss wurde aber mittlerweile wieder aufgehoben.

Geschätzte Damen und Herrn, es geht nicht an, dass zuerst widerrechtlich Schwimmbäder gebaut werden (zwischen 20 und 30 m³ Wasservolumen), wobei in der Kleingartenordnung 3 m³ festgelegt sind, und hinterher zu argumentieren, wir werden die genannte Ordnung auf eine größere Wassermenge redigieren.

Mittlerweile gibt es bereits Kündigungen von Heimgärten, wie uns z.B. ein Betroffener schreibt: „Zu meinem großen Bedauern und tieftraurig musste ich leider mit Wirkung vom November 2005 den von mir seit vielen Jahren mit viel Liebe und Freude benützten Heimgarten kündigen. Der einzige Grund für diese bittere Entscheidung war die mit Wissen und Duldung des Heimgartenobmannes widerrechtliche Errichtung eines großen Schwimmbeckens in einer an meinen Garten angrenzenden Parzelle. Und darüber hinaus hat der Parzellennachbar entlang meiner Gartengrenze noch eine 2,2 m hohe und 18 m lange nackte

Holzwand aufgestellt, welche zwar nicht den geringsten Lärmschutz bietet, dafür aber meinen Garten wie einen Viehpferch aussehen lässt.“

Oder auf die Frage des Heimgartennachbars eines Pool-Besitzers: „Wo werden Sie das Wasser Ihres Beckens leeren, wenn es getauscht werden muss?“ Antwort: „In der Nacht und auf Ihren Garten.“

Ein anderes Beispiel. Im Zusammenhang der Unterschriftenaktion gegen den Bau von Schwimmbecken (über 200 Unterschriften) hat der Obmann des Heimgartenvereines zu den Mitgliedern, die die Unterschrift getätigt haben, gesagt: „Fotografieren Sie Ihre Heimgartenanlagen, damit Sie in Zukunft wissen, wie diese ausgesehen haben.“

Fast alle dieser Beschwerden sind an den Liegenschaftsreferenten und auch an die Kleingartenkommission gegangen. In vielen Pressemeldungen hat die Kleingartenkommission ihren Unmut zum Ausdruck gebracht und die Einhaltung der Kleingartenordnung eingefordert sowie auch die Umsetzung des rechtsgültigen Urteiles. Auch der Liegenschaftsreferent Dr. Wolfgang Riedler hat sich unserer Kritik angeschlossen und gemeint: „An Regeln müssen sich alle halten, auch der Obmann.“

In einer weitem Pressemeldung wird Stadtrat Wolfgang Riedler zitiert: „Heimgärten sind dazu da, dass sich die Menschen erholen können. Da sind Anpassungen an die Erfordernisse der Zeit natürlich notwendig. Diese sollen aber nicht dahingehend sein, dass sich Privilegierte zu Billig-Konditionen niederlassen.“

Eine weitere Meldung: „Der ursprüngliche Zustand muss wieder hergestellt werden, sonst drohen Konsequenzen“, so Riedler. Diese Konsequenzen für Nichteinhaltung eines rechtsgültigen Urteiles muss es in einer Demokratie auch geben - und zwar für alle.

Indem aber keiner der Schwimmbeckenbesitzer bereit ist „rückzubauen“ bzw. den Urzustand herzustellen und auch der Generalpächter – der Zentralverband der Kleingärtner Österreichs mit Präsident Ing. Wohatschek – nicht in der Lage oder willens ist, die Umsetzung dieses rechtskräftigen Urteils einzufordern, stelle ich namens der ÖVP den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle den zuständigen Liegenschaftsreferenten beauftragen, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Schritte zur Herstellung des ursprünglichen Zustandes, d. h. zur Umsetzung des genannten Urteils, eingeleitet und fortgesetzt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Ist das auch deine letzte Rede?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Von ihm oder von mir? Es ist Folgendes festzuhalten: Das Urteil des Landesgerichtes für Zivilrechtsachen in zweiter Instanz betreffend Schwimmbecken gegen den Obmann des HSV Schönau am 2.1.2007 wurde rechtskräftig und ist somit vollstreckbar. Der Beklagte ist schuldig, das Schwimmbecken, das sich auf der von ihm als Unterpächter der klagenden Partei Zentralverband der Kleingärtner und sich größtenteils als Generalpächter benutzten Kleingartenparzelle der Heimgartenanlage Schönau befindet, binnen 14 Tagen bei sonstiger Exekution auszubauen und abzutragen, das davon betroffene Material außerhalb der Heimgartenanlage zu entsorgen und den Kleingarten selbst durch Aufschütten der Schwimmbeckenbaugrube in den vorigen Zustand zurückzusetzen. Wobei es den Beklagten unbenommen bleibt, anstelle des ausgebauten Schwimmbeckens ein Planschbecken mit höchstens drei Kubikmetern Fassungsvermögen einzubauen oder den Zustand vor dem Frühjahr 2004, Schwimmbecken mit einer maximalen Größe von neun Kubikmetern, wieder herzustellen. Der Zentralverband wurde namens der Kleingartenkommission der Stadt Graz aufgefordert, das Urteil umzusetzen beziehungsweise zu vollstrecken. Darüber hinaus sind auch andere weiteren Schwimmbadbesitzer oder Pächter vom Zentralverband anzuschreiben, den kleingartenordnungskonformer Zustand wieder herzustellen. Der Rechtsvertreter des Zentralverbandes der Stadt Graz hat dem städtischen Rechtsfreund der Stadt Graz mitgeteilt, dass der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Kleingärtner und Siedler Österreichs in seiner

Hauptvorstandssitzung beschlossen hat, keinen Auftrag zur Vollstreckung zu erteilen. Weiters wurde vom Präsidenten des Landesverbandes jedoch angeführt, dass die Kleingartenordnung geändert werden möge und in einer neuen Fassung auch Schwimmbäder berücksichtigt werden sollten. Das Urteil wurde dann auch deshalb vom Zentralverband nicht vollstreckt. Außerdem hat der Anwalt des Zentralverbandes angeregt, wenn die Stadt Graz möchte, könnte ein Einzelrechtsübergang nach § 9 der Exekutionsordnung mit dem Ziel vorbereitet werden, dass die Stadt Graz selbst zur zwangsweisen Vollstreckung legitimiert wird, nur müsste der Zentralverband diesem Rechtsübergang dann auch zustimmen. Der Präsident des Landesverbandes hat in der Zwischenzeit mit mir Kontakt aufgenommen und mich davon in Kenntnis gesetzt, dass der Entwurf einer neuen Kleingartenordnung nach dem niederösterreichischen Modell vorbereitet wird. Diese neue Kleingartenordnung möchte vom Präsidenten des Landesverbandes der Stadt Graz vorgelegt werden und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung ans Herz gelegt werden. Mit der Ausarbeitung einer neuen Kleingartenordnung soll die neu bestellte Kleingartenkommission im Jahr 2008 befasst werden. Im Hinblick darauf, dass also der Kleingartenlandesverband selbst, also damit die Bestandnehmer, ein Interesse haben, eine Neuordnung tatsächlich vorzunehmen und ich es für gerechtfertigt halte, diesen Vorschlag abzuwarten, bin ich der Meinung, dass eine Dringlichkeit im Moment nicht besteht und die Dringlichkeit daher abzulehnen wäre. Für den Fall allerdings, dass die Dringlichkeit Mehrheit hätte und dieses Stück beziehungsweise über den dringlichen Antrag abzustimmen wäre, möchte ich auf einen Fehler hinweisen. Für alle Rechtsaktivitäten vor Gericht, auch im Rahmen der Exekutionsordnung, ist das Rechtsamt und damit der Herr Bürgermeister zuständig und nicht ich. Daher wäre in diesem Fall der Herr Bürgermeister aufzufordern, die entsprechenden Schritte zu setzen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Gesek** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt uns ein rechtskräftiges Urteil vor, welches in beiden Instanzen

gegen den Errichter des Schwimmbades entschieden wurde und in dem ihm eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes aufgetragen wurde. Es ist daher unverständlich, dass die SPÖ ein Demokratieverständnis an den Tag legt, das sich erklärterweise gegen ein rechtskräftiges Urteil wendet. Dies widerspricht gänzlich unserem Rechtsstaat und ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht dadurch, dass der Errichter dieses Schwimmbades auf der Kandidatenliste der SPÖ aufscheint. Es kann und darf nicht so sein, dass die Neuordnung der Kleingartenkommission Schwimmbecken im Ausmaß von 9 Kubikmetern vorsieht.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das hat niemand gesagt, nicht immer nur runterlesen.

GRin. **Gesek:** Es wäre daher dringend notwendig, dass die Stadt Graz um die Rechtsübertragung vom Zentralverband sich stark macht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Ich bin der Gerda Gesek dankbar, aber heute gebührt ihr Dank und Anerkennung, dass sie mit ihrer Wortmeldung auf den Punkt gebracht hat. Es geht der ÖVP um ein Wahlgeplänkel, es geht darum, dass zufällig der Obmann des Kleingartenvereines nicht der ÖVP angehört, sondern dass er unserer Fraktion angehört.

Zwischenruf GRin. Gesek: Ein Urteil von zwei Instanzen liegt vor.

GR. **Eichberger:** ...das Bad des Obmanns ist halt der ÖVP ein Dorn im Auge.

Zwischenruf GRin. Gesek: Nicht der ÖVP, sondern dem Gericht.

GR. **Eichberger**: Fakt ist, dass die ÖVP versucht, Heimgärtnern das Leben schwer zu machen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Im Gegenteil.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist dermaßen laut, dass man kaum neben dem Rednerpult geschweige denn ganz hinten wahrscheinlich noch was versteht. Und zu dieser ganzen Angelegenheit möchte ich sagen, dass es eine Ordnung in dieser Stadt Graz gibt, wo jemand 0,35 Euro pro Quadratmeter und Jahr bezahlt, damit Grünflächen in unserer Stadt Graz zusätzlich da sind. Und wenn jemand sich nicht dran hält, dann gibt es ein Verfahren, ich glaube, dem Rudi Trummer sollte niemand vorwerfen, dass er nicht beherzt für alle Damen und Herren kämpft (*Applaus ÖVP*). Ich werde selbstverständlich das, was der Kollege Dr. Riedler gesagt hat, sofort umsetzen, wir werden nächste Woche das Rechtsamt der Stadt Graz beauftragen, diesen Fall exekutieren zu lassen und jenem Herren, ganz egal zu welcher Fraktion er gehört, der sich nicht dran hält, auch wieder klarzumachen, dass er sich daran zu halten hat. Ich stimme mit dem Rudi Trummer schon überein, dass es traurig ist, wenn es ausgerechnet einen Obmann ist, der die Heimgartenordnung in keinsten Weise anerkennen will (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Herr Bürgermeister! Es ist, sage ich auch, und schließlich habe ich auch, glaube ich, sehr konsequent einen bestimmten Weg verfolgt; Frau Kollegin Gesek, was Sie gesagt haben, das hat nicht gestimmt, was Sie da heraußen gesagt haben. Ich weiß nicht, was Sie mit dem Demokratieverständnis der SPÖ für

ein Problem haben, wir halten uns nämlich genau an das, was demokratisch korrekt ist und auch was rechtlich korrekt ist. Aber, es gibt einen Punkt, auf den ich noch einmal hinweisen möchte. Nicht von politischer Seite her, sondern von jenen, die die Heimgärten benützen, von den Heimgartenbetreibern, von jenen, denen sie ja in Wirklichkeit auch zugeeignet und gewidmet sind, gibt es den Wunsch nach Änderung der Heimgartenordnung. Und dieser Wunsch nach Änderung der Heimgartenordnung hat den Hintergrund, dass man versuchen möchte, vor allem jungen Familien auch ein attraktives Naturerlebnis anzubieten. Es ist heute nicht mehr das Gleiche wie vor 30 oder 40 Jahren als Heimgärten auch zur Selbstversorgung mit Gemüse gedient haben und daher eine bestimmte Ordnung vorgeschrieben wurde. Und jede Ordnung ist auch veränderbar. Der Herr Hofrat, Freund Peter Piffel wird mir da Recht geben. Es ist auch an der Zeit nachzudenken, welche Ordnung da noch dazupasst, wie man es richtig machen sollte, Herr Bürgermeister. Und das, was ich gesagt habe, das unterscheidet schon Gerechtigkeit und Recht. Gerecht ist es nämlich, den Menschen die Möglichkeit zu geben, nicht aus einem Anlassfall etwas zu ändern, sondern weil sich die gesellschaftlichen Erfordernisse verändert haben. Ich glaube aber, wenn es so ist, dass gewünscht wird vom Zentralverband, vom Landesverband, von allen, die sich für diese Interessen einsetzen, die die Heimgärten mit sehr viel Liebe betreuen, da sollte man nicht so arrogant sein, sondern man sollte die Möglichkeit geben, sie einer politischen Debatte zu unterziehen, meine Damen und Herren.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir wollen die schützen, die Gärten haben, wollen nicht Bäder.

Dr. **Riedler**: Das hast du nicht richtig verstanden. Es gab einen Fall, in ein, zwei oder drei Monaten spätestens, wenn die neue Heimgartenkommission ihre Beratung abgeschlossen hat. Warum sollte man nicht diese Beratung abwarten. Ich habe mich vorher beim Herrn Magistratsdirektor erkundigt, das ist richtig, was der Herr

Bürgermeister vorher gesagt hat, wenn wir nichts daran ändern und es eine Mehrheit gibt,...

Zwischenruf GR. Trummer: *Es ist ungeheuerlich, was du uns hier einreden willst.*

Dr. **Riedler:** Was ist hier ungeheuerlich? Wenn es so ist, dann werden wir drüber reden im Zuge einer vernünftigen Politik, einer Politik für die Menschen, wie Sie es so gerne propagieren. Ich glaube es wäre gut, diese Neuordnung abzuwarten (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wolfgang, du bemühst dich darzustellen, dass du Jurist bist, ich bin es im Übrigen auch von der Ausbildung her. Es geht nur um eines, Rudi Trummer wird sicherlich noch auf die Sache selbst inhaltlich eingehen, was die Kleingärtner betrifft. Allerdings ich würde dir von der Aussage und dem Inhalt her also ein glattes Thema verfehlt geben, denn du sagst hier ganz klar, schert euch doch nicht um ein rechtskräftiges Urteil.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: *Der steirische Landesverband.*

Mag. **Frölich:** Ich glaube, es geht hier einfach darum, dass missbräuchliche Verwendung einer Grünfläche in einem Heimgartenverein passiert ist. Das Gericht hat es so gesehen und das Gericht hat darüber befunden, in Form eines rechtskräftigen Urteils.

StR. Dr. **Riedler**: Also bitte die Exekutionsordnung ist auch Bestandteil unseres Rechtswesens, da wirst du mir als Jurist sicher Recht geben können. Und in der Exekutionsordnung ist geregelt, unter welchen Umständen eine Exekution durchgeführt werden kann und muss. Diejenigen, die jetzt in der Hand des Rechtstitels sind, werden die Exekution nicht beantragen. Der Exekutionstitel muss nicht konsumiert werden, sind wir auch einer Meinung? Jetzt liegt die Themaverfehlung schön langsam bei dir, lieber Klaus. Der Vorsitzende des steirischen Landesverbandes hätte gerne, dass wir vorher über die Kleingartenordnung diskutieren, das ist eine wichtige Frage. Vom überparteilichen Landesheimgartenverband, die wollen das ändern und sie haben gesagt, unter diesen Umständen sollen Schwimmbäder möglich sein. Dann erst, wenn wir befinden können, ob wir zustimmen oder nicht, und ich habe nichts anderes gesagt, als dass man vor der Exekution, das Urteil bleibt immer rechtskräftig, vor der Exekution abwarten, wie diese politischen Verhandlungen ausgehen, ob es hier Veränderungen gibt. Weil sonst könnte der Fall eintreten, dass es auf Grund des alten Urteils, weil irgendwer ganz böse ist und fürchterlich keift und dann kann er es sich wieder richten. Und ich finde, das ist doch absurd, dann kann man sich auf den Kopf greifen, lieber Thomas Rajakovics, dann ist es wirklich absurd und es wäre fair und gerecht, politisch Maß zu halten und zu sagen, warten wir diese Diskussion ab, der Landesverband hat angekündigt, einen Vorschlag zu machen und dann gehen wir zur Exekution, die uns nicht weggenommen wird (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist wahrscheinlich auch nicht uninteressant, klar und deutlich ein Zeichen des Gemeinderates zu setzen, was wir wollen und was wir nicht wollen, weil es sind ja auch meistens die Flächen der Stadt Graz gewesen, die zur Verfügung gestellt worden sind und dann auch de facto heute drüber zu befinden, ob und das passt oder nicht. Man kann generell darüber reden, ob Schwimmbäder als Allgemeingut für alle, aber im Moment hat es halt nur einer gemacht und der widerrechtlich und das noch dazu als Obmann.

GR. **Trummer**: Geschätzte Damen und Herren! Es macht es einem wirklich leicht, aus diesem Gemeinderat auszuscheiden, ich muss das wirklich in aller Deutlichkeit sagen, weil was ich da in letzter Zeit und in den letzten Minuten da gehört habe und auch gelernt habe. Außer dem Herrn Bürgermeister, der Gerda Gesek und dem Herrn Frölich, die sich der Sache angenommen haben, haben zwar alle geredet, aber kein Einziger hat sich bei der Sache ausgekannt. Und Klaus, ich bin enttäuscht, ich bin bitter enttäuscht. Du, ich kenne dich so gut, du redest über alles, aber nur nie über das, was du sollst, du redest am Thema vorbei (*Applaus ÖVP*), ich kenne jeden Heimgarten, ich war bei den Heimgärtnern dabei, du stellst dich da her und sagst...

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist sogar in der Niederschrift festgehalten.

GR. **Trummer**: ...und mir vorzuwerfen, wo ich das letzte Mal in diesem Saal bin, mir vorzuwerfen, dass ich Parteipolitik machen würde, lieber Freund, es geht nicht um Parteipolitik, es geht um 2.500 Mitglieder und eine einfache Rechnung ergibt, 10.000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Graz sind mit dem Heimgarten in irgendeiner Weise verbunden. 10.000 Bürgerinnen und Bürger und es gibt einen einstimmigen Beschluss, geschätzter Herr Stadtrat, in der Kleingartenkommission, wo auch die Landesleitung vertreten ist. Weil wenn du mit mir ein privates politisches Gespräch machst, ist das nicht Sache der Kleingartenkommission (*Applaus ÖVP*). Das geht so nicht, erstens einmal weil es wichtig ist, auch wenn man heute keinen Salat mehr dort anbaut oder kein Gemüse anbaut, dann hat man es umso notwendiger, dorthin zu gehen und Luft zu holen und sich von der täglichen Arbeit am Computer oder auch von der Politik zu erholen. Die Kleingartenordnung ist gültig, die Kleingartenordnung muss eingehalten werden. Und das Zweite, selbstverständlich muss es die Novellierung der Kleingartenordnung geben, das ist richtig und wichtig, aber sie muss insofern im Rahmen bleiben, dass es auch für den Kleingärtner, der finanziell schwächer gestellt ist und auch sozial schlechter gestellt ist, für diesen Heimgärtner muss eben auch dieser Heimgarten noch finanzierbar sein. Ich weiß schon, was du willst als Finanzreferent, die 0,35 Cent pro Jahr und Quadratmeter...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Woher weißt du das?

GR. **Trummer**: ...weil das eine Freizeitanlage ist, Freizeitanlagen werden einfach teurer...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist eine Erfindung.

GR. **Trummer**: 250 Unterschriften gibt es auch hier in diesem Heimgarten, die nicht wollen... (*Applaus ÖVP*). Wenn die sozialdemokratische Fraktion der Meinung ist, dass man 10.000 Mieter einfach sagt, ja ok, da ist ein rechtskräftiges Urteil, das schreibt euch in den Wind oder sonst wohin, dann soll es das sein (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Sozialökonomische Betriebe/Beschäftigungsprojekte: Petition an die Bundesregierung

GR. **Herper** stellt namens von SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Also in der letzten Sitzung des Gemeinderates liegt ein Haufen Überheblichkeit in der Luft. Die jüngsten Arbeitsmarktstatistiken des AMS stellen Graz kein besonders gutes Zeugnis aus: Mit einem Plus von 673 Arbeitslosen oder 6 Prozent hat die Landeshauptstadt den höchsten Arbeitslosigkeits-Anstieg aller steirischen Bezirke im

Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Insgesamt waren mit Stichtag 30. November 2007 exakt 11.166 Menschen beim AMS Graz als arbeitssuchend registriert. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Graz braucht mehr Arbeitsplätze – und dazu bedarf es gezielter Vorstöße auf vielen Ebenen.

In Sachen Lehrlingsausbildung hat zum Beispiel Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk das Heft des Handels bereits in die Hand genommen und in einem Schreiben an die 60 größten Grazer Unternehmen für eine aktive Lehrlingsausbildung geworben.

Auch in Sachen Betriebsansiedlungen besteht Handlungsbedarf, um den Beschäftigungsstandort Graz zu stärken: Etwa, indem durch einen wöchentlichen gemeinsamen Projektstisch der mit den Verfahren befassten Abteilungen die Verfahrensabläufe für ansiedlungswillige Betriebe verbessert werden. Das ist eine Aufgabe, der sich die künftige Stadtregierung zu stellen haben wird – und die SPÖ wird auf die Umsetzung eines solchen Projektstisches im Rahmen der Regierungsverhandlungen allergrößten Wert legen, wie insgesamt auf ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschafts- und damit Arbeitsplatzstandortes Graz.

Drängend – und somit dringend – ist jedoch jetzt eine rasche Lösung für die sozialökonomischen Betriebe und Beschäftigungsprojekte. Denn auf Grund geänderter Rahmenbedingungen des Bundes-AMS, ressortverantwortlicher Bundesminister ist bekanntlich Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein, wurden die Landesgeschäftsstellen angewiesen, die Budgets für das kommende Jahr umzuschichten. Ziel dabei ist es, dass mehr Geld für die zweckgebundene Facharbeiterqualifizierung speziell in der Metall- und Elektrobranche frei wird. Und das, obwohl das AMS mehr Geld als 2007 für Förderungen zur Verfügung hat.

Diese Förderkürzungen werden bei sozialökonomischen Betrieben und Beschäftigungsprojekten gravierende Auswirkungen haben - von Kündigungen von MitarbeiterInnen bis hin zu Schließungen einzelner Betriebe. Und auch Fachleute warnen, dass diese Art von Konzentration der Fördermittel nicht sinnvoll sei, da es weder eine entsprechende Anzahl von InteressentInnen dafür noch ausreichende

Qualifizierungsangebote für diese FacharbeiterInnenausbildung in dieser Größenordnung gebe. Vor allem, und auch das ist zu bedenken, geht eine derartige Schwerpunktsetzung speziell zu Lasten von Frauen, die in den Bereichen Metall und Elektro unterrepräsentiert sind.

Für die Steiermark bedeuten die Vorgaben des Bundes-AMS jedenfalls, dass insgesamt – von einem Gesamtbudget von rund 126 Millionen Euro – im kommenden Jahr 23 Millionen umgeschichtet werden, davon sollen 14 Millionen Euro von den sozialökonomischen Betrieben und Beschäftigungsprojekten abgezogen werden. In Graz ganz besonders betroffen sind „Ökoservice“, „BAN“, „Bicycle“, „ISOP“, „Caritas“. Das sind Betriebe, die im Interesse der Stadt Graz arbeiten, die Leistungen der Stadt Graz übernommen haben und die eine Beschäftigung von Zielgruppenpersonen (Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap, etc) in Graz ermöglichen. Doch die geplante Änderung der AMS-Richtlinien bedeutet, dass genau diese Menschen, die es schon am ersten Arbeitsmarkt besonders schwer haben, wieder in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Und diese Vorgabe des Bundes-AMS stellt, wie schon erwähnt, auch eine eklatante Benachteiligung von Frauen dar.

Daher stelle ich namens der SPÖ und Grünen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition an die Bundesregierung herantreten und ersuchen, diese Schwerpunktsetzung des Bundes-AMS umgehend aufheben zu lassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.

6) Petition an die Landes- und Bundesgeschäftsstelle des AMS und an die Bundesregierung: Änderung der Zweckbindung für Mittel des AMS Steiermark

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dass verschiedene Parteien heute das Thema aufgreifen, verdeutlicht nur die Wichtigkeit des Themas. Ich habe auch keine Veranlassung gesehen, meinen jetzt zurückzunehmen, wir haben nämlich alle etwas unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, was den Inhalt anbelangt und gemeinsam verstärkt sich dann im Prinzip auch der Wunsch und die Notwendigkeit, diesen geplanten Maßnahmen des AMS entgegenzusetzen. Mein Dringlichkeitsantrag ist auch eine Petition an die Landes- und Bundesgeschäftsstelle des AMS und an die Bundesregierung. Langzeiterwerbslose Personen, die bereits lange Zeit vom „normalen“ Arbeitsprozess ausgeschlossen waren und sind, stellen eine besondere Herausforderung für das AMS dar, da hier Barrieren auf Seiten der Arbeitgeber und bei den Betroffenen abgebaut werden müssen. Strategie des AMS ist es, beziehungsweise war es bis jetzt, über arbeitsmarktpolitische Aktivitäten eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Sie umfassen Dienstleistungen und Förderungen in den Bereichen Qualifizierung, Beschäftigung und Unterstützung.

Nunmehr hat das AMS gemeinnützigen Vereinen und Unternehmen mitgeteilt, Förderungen zukünftig um bis zu 30% kürzen zu müssen.

Von diesen geplanten Kürzungen sind vor allem sozialökonomische Betriebe und Initiativen wie z.B. Ban, Bicycle, ISOP, verschiedene Caritas Projekte, St:WUK und andere betroffen.

In seiner Existenz gefährdet ist somit auch die ÖKO- Service GmbH.

Die ÖKO-Service GmbH ist seit 1994 ein gemeinnütziges sozialwirtschaftliches Unternehmen in Graz mit einer Filiale in Tillmitsch. Sie bietet Arbeitsplätze für vom Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen. Die ÖKO-Service GmbH bietet ökologische

Dienstleistungen im Auftrag der Stadt Graz und des Landes Steiermark an und hat sich darüber hinaus auch einen guten Ruf erworben.

Bei der ÖKO-Service GmbH arbeiten im Auftrag des Arbeitsmarktservice Steiermark rund 70 Personen im Jahr, davon rund 55 befristet, wobei diese geschult, beraten und bei der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt werden.

Die ÖKO-Service GmbH führt im Auftrag der Stadt Graz das über die AEVG geförderte Häckselservice durch. Sie bedienen dabei jährlich rund 600 Privathaushalte. Dabei wird auch die klassische Grünanlagenbetreuung durchgeführt.

Im Auftrag des Umweltamtes der Stadt Graz sammelt die ÖKO-Service GmbH das Alt Speiseöl der Gastronomie. Das Öl wird für die Biodieselproduktion verwendet. Dabei ist die ÖKO-Service GmbH Teil des Projektes Ökodrive.

Im Auftrag der Stadt Graz und des Landes Steiermark werden Mehrwegbecher zum Einsatz gebracht. Diese finden unter anderem im Fußballstadion Liebenau, aber auch beim Projekt „G´scheit feiern“ Verwendung. Darüber hinaus werden Geschirr und Gläser für die Gastronomie und Privathaushalte in der ganzen Steiermark verliehen und gewaschen.

Im Auftrag der Saubermacher AG werden Elektroaltgeräte zerlegt. Diese Kooperation besteht seit 1996.

Im Auftrag der Wirtschaftsbetriebe und des Umweltamtes wird Kompost- und Abfallberatung durchgeführt, Alt Speiseöl von Privathaushalten gesammelt, Christbäume werden gehäckselt und Brennholz an bedürftige Haushalte kostenlos verteilt.

Die öffentlichen Auftraggeberinnen und –geber und Partnerinnen und Partner sind das Umweltamt und die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz, die AEVG, das Arbeitsmarktservice Steiermark und das Land Steiermark, Fachabteilung 19D.

Die ÖKO-Service GmbH ist Mitgliedsbetrieb bei Ökoprofit, Trägerin des Umweltschutzpreises und des Agenda-21-Preises der Stadt Graz und wird in der Datenbank der EU als gutes Beispiel für ein sozialwirtschaftliches Unternehmen geführt.

Im Zusammenhang mit den beschriebenen Aufgaben kann die ÖKO-Service GmbH auf eine umfangreiche Bilanz verweisen:

Seit 1994 haben bei der ÖKO-Service GmbH insgesamt

- 500 Personen gearbeitet,
- 30 Praktikanten sich orientiert
- 12 Personen den Führerschein gemacht
- 42 Personen den Staplerschein gemacht
- 40 % haben einen Langzeit-Job
- 112 Personen haben Schulungen zu Umwelt- u. Recyclingarbeiterinnen und –arbeitern abgeschlossen
- 360 Personen haben theoretische Schulungen besucht und wurden sozial-pädagogisch betreut

Folgende Leistungen wurden erbracht:

- Häckseldienst: 2.700 h / 110.833 m³ Strauchschnitt = 27.708 m³ Häckselgut
Damit wurde ein Fußballfeld fünf Meter hoch voll mit Häckselgut gemulcht!
- Brennholz: 455 m³ Brennholz wurden verarbeitet und gratis zugestellt - das entspricht dem Inhalt von 91 Containern.
- Werkstatt: Jede Menge Autos, Häcksler und sämtliche Maschinen wurden gewartet und repariert sowie technische Angelegenheiten gelöst, das Blockheizkraftwerk betreut und viele Transitarbeiterinnen und –nehmer geschult.
- E-Schrott: Im Zeitraum von 1997 – 2003 wurden 2.730 Tonnen E-Schrott in 47.000 h zerlegt.

- ASÖ: Seit 2000 wurden 1.412.000 Liter Speiseöl gesammelt, das entspricht ca. 180.000 Liter/Jahr = 142.000 Tanks.
- Geschirr- und
Becherverleih: An 443 Tagen seit 1996 wurden 5.300.000 Mehrwegbecher gewaschen und 715 „Gscheit-feiern-Feste“ beliefert.
- BÜRO: Einem großen Aufwand an Organisation, Information und Verwaltung stehen mehr als 5400 zufriedene KundInnen in Graz und in der ganzen Steiermark gegenüber. In diesem Zusammenhang wurden 2700 Rechnungen jährlich geschrieben, für 500 MitarbeiterInnen Löhne abgerechnet oder z.B. sechs befristete MitarbeiterInnen eingeschult.

Ende November 2007 wurde der ÖKO-Service GmbH seitens der AMS-Landesgeschäftsstelle die beabsichtigte Kürzung der Lohnkostenförderung im Ausmaß von 30% ab 1. Jänner 2008 mitgeteilt (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Wird diese Kürzung der Fördermittel wie angekündigt realisiert muss die Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft ÖKO-Service GmbH den Betrieb einstellen.

Eine unmittelbare Folge wäre somit auch die Freisetzung von Schlüsselarbeitskräften.

Darüber hinaus könnten seitens der ÖKO-Service GmbH die 27 Transitarbeitsplätze nicht mehr angeboten werden. Dadurch würden alleine bei der Öko-Service 55 Personen pro Jahr keine Chance mehr auf die letzte noch verbleibende Perspektive haben, nämlich sich über die Bewährung auf einem dieser Transitarbeitsplätze und die damit verbundene Erwerbung einer Qualifikation, sich wieder in den regulären Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Für diese Menschen selbst und auch für die Arbeitsmarktpolitik hätte das fatale Auswirkungen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Angesichts der drohenden Kürzungen der Lohnkostenförderungen durch das AMS Steiermark und deren Umsetzung sind die sozialökonomischen und gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften existenziell gefährdet. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die vorliegende Petition an die Landes- und Bundesgeschäftsstelle des AMS und an das zuständige Ministerium der Bundesregierung mit folgender Aufforderung verabschieden:

Die Zweckbindung der Mittel für das AMS Steiermark sind so zu verändern, dass der Landesgeschäftsstelle Steiermark ermöglicht wird, Förderungen so zuzuteilen, dass gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaften nicht nur weiterhin wichtige Transitarbeitsplätze anbieten können, sondern ihr vielmehr erlaubt, sie dem Bedarf entsprechend zu erhöhen, damit auch zusätzliche Transitarbeitsplätze entstehen können. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Der Dank für die Aufmerksamkeit war sehr überraschend.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der vergangenen Woche bereits einen Brief an den Minister Bartenstein geschickt, wir haben auch bereits im Ministerbüro Folgendes als Information zurückbekommen. Es gibt in der kommenden Woche, voraussichtlich am Mittwoch, ein Gespräch zwischen Karl-Heinz Snobe und Geschäftsführer von Ökoservice Graz mit dem klaren Ziel, die Forderungskürzung so zu verändern, dass der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet ist. Das ist eine Zusage, die wir so vom Ministerium erhalten haben und einen Hinweis vom AMS, dass es sich maximal um eine Kürzung von 50 % handeln wird. Zum Zweiten, der Minister Bartenstein hat außerdem, weil die Ökoservice Graz ein Betrieb ist in Österreich, der von diesem Beschluss der Bundesgeschäftsstelle betroffen, hat den Verwaltungsrat einberufen und zwar am kommenden Dienstag, um die generelle Vorgaben bezüglich der Fachkräfteausbildung noch einmal zu

überdenken, damit ökosoziale Betriebe nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Das heißt, diese Zusage gibt es bereits, der Brief ist ergangen, es sollte das eigentlich einer Bestandsklärung gleichkommen, der Geschäftsführer war sehr dankbar dafür, wir möchten, dass es zu einer klaren Aussage kommt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es natürlich wichtig wäre, und zwar als Auftrag an den Gemeinderat in Zukunft daran zu denken, dass genau diese... (*Weitere Wortmeldung unverständlich*).

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe KollegInnen! Es ist wunderschön, Kollege Rajakovics, was du hier sagst, aber wir verstehen unsere beiden dringlichen Anträge so, dass der Gemeinderat in dieser sehr wichtigen Frage für unsere schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ein deutliches Zeichen in Richtung Bundesregierung setzt. Darum ersuche ich auch die ÖVP, der Dringlichkeit beider Anträge zuzustimmen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Herper wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages von GRin. Mag. Taberhofer wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Dass wir den Inhalt des Antrages letztlich unterstützen, weil es ein gemeinsames Anliegen ist, hat Thomas Rajakovics schon gesagt. Ich möchte vorausschicken, es ist keine Frage, jeder Arbeitsloser, jede Arbeitslose und jeder Jugendliche, der Arbeit sucht, ist einer zuviel, ist eine zuviel. Unser Ziel muss bleiben, Vollbeschäftigung und wir müssen alles tun, damit wir noch mehr Arbeitsplätze in unserer Stadt zur Verfügung stellen können. Nichtsdestotrotz, lieber Karl-Heinz Herper, sollte man bei den Fakten bleiben. Da geht es ja nicht um Beschönigung oder dergleichen, wie gesagt, jeder Arbeitssuchende ist einer zuviel.

Du operierst hier mit den Daten des Arbeitsmarktbezirkes Graz, Graz-Umgebung und daher rühren auch die 11.166 oder die +6%, die auch im Antrag erwähnt sind. Faktum ist, wenn wir nur Graz selbst herausrechnen und uns auf Graz beziehen und hier die Arbeitssuchenden gemeinsam zusammenfassen, mit den SchulungsteilnehmerInnen des Vorjahres und mit der heurigen Zahl vergleichen, haben wir sogar ein positives Saldo von 368 Personen, das ist nicht wirklich beruhigend und sollte auch nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen, aber es ist ein Faktum, dass wir keinen Zuwachs an Arbeitssuchenden kumuliert haben, sondern Gott sei Dank hier zumindest annähernd 400 Personen in Beschäftigung bringen konnten. Ähnlich positiv hat sich auch entwickelt im Bereich der Lehrstellensuchenden. Auch hier konnten bis zu 30 % Verbesserungen erreicht werden, ist etwas, worüber wir uns freuen können, aber es darf auch hier keineswegs dazu führen, dass unsere Bemühungen nachlassen, vor allem für junge Menschen Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen. Auch das Konjunkturbarometer der Steirischen Wirtschaftskammer, wo die Unternehmerinnen und Unternehmer befragt werden, wie sie die Wirtschaftslage im kommenden halben Jahr sehen, ob sie eher davon ausgehen, dass sie erhöhte Umsätze haben werden oder ob sie befürchten, dass es hier zu Einbrüchen kommt, darf uns positiv stimmen. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sagen zu über 50 %, dass sie ein positives wirtschaftliches Gelingen in diesem Jahr noch vorhersehen und auch die Auftragsbücher dementsprechend gut gefüllt sind. Ich wollte das nur der Ordnung halber auch festhalten, damit es nicht so im Raum stehen bleibt, auch der angesprochene wöchentliche Projektisch, der zur Verfahrensbeschleunigung und letztendlich auch zur wirtschaftsfreundlicheren Atmosphäre in der Stadt beitragen soll, wurde von Gerhard Rüscher vor einem Jahr bereits initiiert...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Man merkt das schon, lieber Walter Ferk, weil wir haben ja gute Daten auch wenn man sie schlechtreden möchte...der tagt in der Regel alle vier

Wochen, aber selbstverständlich bei größeren Projekten anlassbezogen, also da sind wir, glaube ich, auch auf einem guten Weg und es hat sich ja, reden wir ganz objektiv, die Daten, nicht nur die Arbeitsmarktdaten sondern wenn wir uns auch die sonstigen Wirtschaftsdaten in der Stadt anschauen, vieles zum Positiven gewandt, das sind Dinge, die uns mutig stimmen dürfen, dass wir weiter in die Richtung gehen, aber keinesfalls, wie bereits erwähnt, dazu verleiten dürften, alles so positiv zu sehen, dass wir uns nicht weiter anstrengen. Das zum Inhalt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Lieber Teddy, werter Stadtrat! Es ist immer schwierig, die Zahlen so auszutauschen, denn dahinter stehen ja immer, wie wir wissen, Schicksale, Menschenschicksale. Aber Karl-Heinz Snobe, ich habe es schriftlich vor mir liegen, hat ja darauf hingewiesen, dass es sehr schwierig ist, immer die Daten für Graz und Graz-Umgebung, weil sie ja gemeinsam ausgewiesen werden als Arbeitsmarktbezirk, auseinanderzuklauben, er verweist auch darauf, dass du eine Anfrage an ihn gestellt hast, er hat dir auch eine Antwort gegeben, die du jetzt vorgetragen hast. Er schreibt mir aber jetzt weiter, weil ich ihm eine neuerliche Anfrage gestellt habe, ich habe jetzt für deine Anfrage das weitergerechnet und komme natürlich zu weiteren Ergebnissen und ich sage dir die neuesten Ergebnisse. Natürlich ist für Graz und Graz-Umgebung immer im Vergleich zur gesamtsteirischen Entwicklung und zu allen anderen steirischen Bezirken eine deutlich andere Situation für den Arbeitsmarktbezirk Graz feststellbar, insbesondere für die Frauen, da ist um 3,4 % eine Zunahme und bei Männern nur 2,9 %. Aber was besonders problematisch ist und besonders Sorge macht uns allen Verantwortlichen hier in der Stadt Graz und der für die künftige Stadtregierung, den künftigen Gemeinderat, ist, Zitat Snobe, die Gesamtarbeitslosigkeit hat in den zehn Jahren in der Stadt Graz, er hat es jetzt wirklich definiert jetzt, in der Stadt Graz um 3,4 % zugenommen, das sind 300 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr, 300 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr, also insgesamt 9.049 Personen arbeitslos. Die Frauenarbeitslosigkeit nahm hier noch stärker zu als in allen anderen steirischen Bezirken, nämlich um 3,6 %. Das heißt einfach nur, wir müssen das gemeinsam ernst nehmen. (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Taberhofer**: Ich verzichte auf das mir zustehende Schlusswort.

Der Antrag von GR. Herper wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag von GRin. Mag. Taberhofer wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.

7) Petition gegen die Errichtung der Flüssiggas-Umladestation

GR. **Eichberger** stellt im Namen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehr als zwei Jahren hängt nunmehr bereits die von der ÖBB geplante Flüssiggas-Umladestation am Ostbahnhof wie ein Damoklesschwert über den Bezirken Jakomini, Liebenau und Innere Stadt.

Die Hintergründe und Fakten sind zwar sicher allseits bekannt, ich möchte dennoch einige Punkte nochmals in Erinnerung rufen. Geht es nach den Plänen der ÖBB, soll am Ostbahnhof eine große Flüssiggas-Verladestation entstehen. Und obwohl von Seiten vieler Experten, seitens der Feuerwehr und der Feuerpolizei, aber auch von Landesseite massiv auf das enorme Gefahrenpotenzial hingewiesen wird, das ein derartiges Projekt inmitten von Wohngebiet nach sich zieht, wollen die ÖBB daran festhalten. Und das ungeachtet dessen, dass im Katastrophenfall – und gerade das Umladen von Flüssiggas birgt, darauf verweisen alle Experten, immer ein Restrisiko – Auswirkungen in einem Umkreis von mehr als 800 Metern zu spüren wären. Das

heißt, tausende AnrainerInnen sind gefährdet, der Jakominiplatz wäre bedroht, BesucherInnen der UPC-Arena ebenso wie der Messe oder der Stadthalle. Was das für den Ernstfall bedeuten würde, ist nicht auszudenken das Gefahrenpotenzial, das von einer solchen Flüssiggas-Umladestation mitten im Stadtgebiet ausgeht, lässt ein solches Projekt als nicht verantwortbar erscheinen. Zumal es ja auch durchaus Alternativen gäbe, die jedoch von der ÖBB nicht ernsthaft – und das trotz aller Appelle der Stadt – in Erwägung gezogen wurden: So liegt etwa das Angebot des Cargo-Centers vor, die Flüssiggas-Umladestation in Werndorf zu errichten.

Wenn nun aber klare Beschlüsse der Bezirksvorstehung gegen dieses Projekt vorliegen und AnrainerInnen aus Angst dagegen Sturm laufen, wenn die Fachleute von Feuerwehr und Feuerpolizei schwerste sachlich fundierte Einwände vorbringen und auf die immense Gefährdung für AnrainerInnen hinweisen, wenn sogar in einem Landesbescheid massive Sicherheitsbedenken gegen dieses Projekt ausgesprochen werden, dann hätte man doch davon ausgehen sollen, dass diese breite Ablehnungsfront, die sich auf Fakten und Daten beruft, von den ÖBB endlich ernst genommen wird. Leider war das bis dato nicht der Fall.

Daher stelle ich nunmehr namens der SPÖ, ÖVP, KPÖ, GRÜNE und FPÖ den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition das Verkehrsministerium und die ÖBB auffordern, von den Plänen für die Errichtung einer Flüssiggas-Umladestation am Grazer Ostbahnhof umgehend Abstand zu nehmen und stattdessen auf einen Alternativstandort außerhalb des Stadtgebietes zurückgreifen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Antragsteller! Selbstverständlich auch inhaltlich die Zustimmung, es ist wirklich traurig, dass die ÖBB eigentlich hier kaum reagiert, ich darf darauf hinweisen, dass es bereits, wie du es richtig gesagt hast, mehrere Anläufe auch seitens führender Stadtpolitiker gegeben war. Ich verweise auf den 5. Mai 2006, wo der Bürgermeister auf den verschiedensten Veranstaltungen der Bürgerinitiativen, aber auch der Bezirksvertretungen, angesprochen wurde, bitte, Herr Bürgermeister, wende dich an den entsprechenden ÖBB-Vorstand. Es ist so, dass es lediglich eine Betriebsbewilligung für die Umladestation gibt mit sehr strengen Auflagen. Wir haben jetzt keinen Antrag auf den Betrieb einer Flüssiggasumladestation, es ist kein Antrag auf Betriebsbewilligung vorliegen, deshalb auch die Situation so, dass man momentan etwas beruhigt sein könnte, dass also hier die Betriebsbewilligung für die Umladestation nicht beantragt und damit auch nicht so geführt werden kann. Nichtsdestotrotz muss man wachsamem Auge sein, dass auch die Betriebsbewilligung für diese Flüssiggasumladestation nicht erteilt wird und deshalb auch von unserer Seite natürlich auch zum Inhalt die Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn der Gemeinderatskollege Dipl.-Ing. Topf gesprochen hat, wir müssen ein wachsames Auge nach wie vor auf die Belange rund um den Grazer Ostbahnhof halten, dann hat er mehr als Recht, leider. Ich muss euch eines mitteilen und so tragisch ist es, auch wenn wir uns schon seit zwei Jahren intensiv bemühen, diese Anlage dort nicht in Betrieb gehen zu lassen, hat gestern die Pressesprecherin der ÖBB wieder kundgetan, sie lassen momentan von diesem Projekt nicht los. Es ist momentan die Phase, dass sie noch auf ein weiteres Gutachten warten, das sie im Februar oder März erwarten und dann werden sie weiter entscheiden und entscheiden, wie der Weg weitergeht rund um diese Flüssiggasanlage. Das heißt, ich glaube, wir haben heute und hier zu einem mehr als richtigen Zeitpunkt diese Entscheidung getroffen, diese Petition an die zuständigen Stellen zu senden, weil die Gefahr der Inbetriebnahme am Ostbahnhof noch immer nicht gebannt ist und in dem Sinn danke ich allen Fraktionen, dass sie in dieser Sache auch hier bewiesen haben, dass wir in Graz hier, was die Verhinderung

dieser Flüssiggasanlage am Grazer Ostbahnhof betrifft, an einem Strang ziehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Kovac-Halle in Puntigam

GR. **Schmalhardt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, ich halte keine Abschiedsrede. Meinen dringlichen Antrag, dem Gemeinderat geht es um die leidliche Causa Kovac-Halle in der Alten Poststraße und wie ich glaube, ist dieses Problem allen Mitgliedern des Gemeinderates in der Zwischenzeit hinlänglich bekannt. Der Beginn des Konflikts liegt bei der unglücklichen Entscheidung des Gemeinderates in der vorigen Periode dieses Grundstück gegen unsere Stimmen umzuwidmen. Auf unsere Initiative hin ist auch die GBG tätig geworden und hat mit der Firma Kovac Verhandlungen zum Kauf der Liegenschaft aufgenommen. Gerade aber, weil wir mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen nicht einverstanden sind und mit uns auch die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner der Nachbarschaft, ist es notwendig, diese Verhandlungen nochmals intensiv zu führen. Dieses Gebiet würde sich aus unserer Sicht, das gesamte Areal der Firma Kovac, optimal eigenen für einen schönen Wohnbau, für eine moderne Stadtentwicklung, also das sind unsere Vorstellungen, womit ein eventueller Kauf durch die GBG nicht ausschließlich einer Beruhigung der Krisensituation zwischen Unternehmer und Anrainer dient, sondern durchaus wirtschaftlichen Interessen der GBG und somit der Stadt folgen würden. Ich möchte nur einige Beispiele des Nutzens für die Stadt anführen. Wir wissen, dass der Innovationspark in der Puchstraße nicht diese Entwicklung genommen hat in den letzten Jahren, wie wir es uns alle gewünscht haben und ich darf aus dem Protokoll der Gründungssitzung für den Innovationspark Puchstraße unseren jetzigen

Bürgermeister zitieren, der wörtlich gesagt hat, ich hatte einen Traum und der ist dann mit der Beschlussfassung in Erfüllung gegangen. Es ist bei diesem Traum geblieben, die Entwicklung entspricht nicht, was wir alle uns gewünscht hätten. Eine mögliche Stadtentwicklung für sozialen Wohnbau wäre auf diesem Gebiet durchaus denkbar, weil es würde durch die gesamte Übersiedlung der Firma Kovac auf das Gebiet der GBG auch die Grazer Schnellbahn, die dahinschlummert, wieder zum Leben zu erwecken sein und letztendlich wäre eine Absicherung der gesamten Arbeitsplätze der Firma Kovac möglich.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die zuständigen Stadtsenatsmitglieder auf, neuerliche Verhandlungen mit der Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH auf der einen Seite und mit der Firma Kovac und den Vertreterinnen und Vertretern des Vereins „Lebensqualität Puntigam“ auf der anderen Seite aufzunehmen, mit der klaren Zielvorgabe, dass die Stadt Graz für die Zukunft eine Wohnbebauung in diesem Bereich wünscht. Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Die SPÖ-Fraktion wird dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen.

StR. **Miedl:** Lieber Sepp Schmalhardt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, wohl aber dem Inhalt und ich werde es ganz kurz begründen. Einiges von dem, was Sepp Schmalhardt gesagt hat, ist tatsächlich als Ängste vorhanden. Das ist als Angst vorhanden, bei so manchen anrainenden Bürgern. Tatsächlich hat nach der Umwidmung dieses Grundstückes, Sepp Schmalhardt, die Firma Kovac grundsätzlich einmal eine 11.000 m² Halle geplant gehabt, eine riesige Halle, das kann man sich gar nicht vorstellen in der entsprechenden Höhe. Es war uns klar, dass, wenn das in diesem Ausmaß gebaut

wird, das ist nicht verträglich mit einer Wohnumgebung. Das heißt, die Nachbarn hätten schwerste Beeinträchtigungen gehabt. Es war dann, Sepp Schmalhardt, im Wesentlichen der Bürgermeister, der die GBG ersucht hat, Verhandlungen aufzunehmen, dass die Firma Kovac auf ein Grundstück, das die IPG zur Verfügung stellt, ausweichen kann, mit einem Teil ihres Unternehmens dorthin auswandern kann. Für die Firma Kovac war es aus betrieblichen Gründen allerdings immer wichtig, ein Standbein dort in der Alten Poststraße zu haben, ich sage das jetzt, ohne das vertreten zu wollen, es ist auch nicht meine Aufgabe. Aber wir haben es, meine Damen und Herren, und das gebe ich zu bedenken, wir haben eine politische Absicht und eine rechtliche Notwendigkeit. Die Firma Kovac, ich habe den Dr. Kovac eingeladen, ich habe mit den Bürgervertretern, mit den Bürgerinteressen mehrmals verhandelt. Ich habe es zusammengezählt, in Summe waren es 36 Stunden, die ich zugebracht habe, damit wir dort zu einer verträglichen Lösung kommen und ich will das nicht im Gemeinderat sagen, das Unternehmen Kovac hat die Halle von 11.000 m² auf 2.500 m² reduziert, erster Punkt, ein wesentlicher Erfolg, wobei ich permanent dem Bürgermeister Bericht erstattet habe und die Firma Kovac dann auch dazugebracht habe, dass sie jetzt bei der Bauverhandlung am 5. Dezember wirklich die kleine verhandelte Lösung einbringen. Und bis zum Schluss ist es uns mit dem Bürgerinteressen noch gelungen, auch diese kleine Halle noch in der Höhe zu reduzieren. Das ist jetzt unterm Strich so, dass damit eine relativ verträgliche Lösung für das gesamte Umfeld, Wohnumfeld zustande gebracht ist. Mit einer einzigen Ausnahme, potentiell gibt es 24 Anrainer, die Einspruch erheben hätten können. Von den 24 sind 22 einigermaßen zufrieden, die zwei, die verblieben sind, die wünschen sich jetzt noch eine Finalisierung dieser Lösung, es geht um ein Grundstück mit dem Objekt drauf, das die Firma Kovac möglicherweise kauft, ich bin deswegen so vorsichtig, weil man in der Öffentlichkeit aufpassen muss. Es gibt morgen noch eine alles entscheidende Verhandlung, ich hoffe, dass wir zusammenkommen. Meine Damen und Herren, wenn uns das gelingt, haben wir in ausreichendem Maße lärmdämmende Maßnahmen gesetzt, wir haben das Flugdach noch einmal reduziert, wir haben die Halle insgesamt reduziert, wir haben die Nachtfahrten dort so reduziert, dass die Anrainer damit einverstanden sein können, wir haben die Dachkonstruktion reduziert, sodass Tages- und Sonnenlicht für die Nachbarn im ausreichendem Maße gesichert ist und wir haben die Einfahrt ausschließlich über die Alte Poststraße geregelt. Das sind Fakten, die jetzt bitte zu

Papier gebracht werden und an die sich das Unternehmen Kovac dann auch auf Grund der gewerberechtiglichen Verhandlung zu halten haben wird. Das heißt, ich habe bitte, meine Damen und Herren, erlebt, dass das Unternehmen Kovac mit der Bürgerversammlung sozusagen ein sehr faires Spiel gemacht hat und in Wirklichkeit versucht hat, auch alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Wir werden morgen den Vertrag mit der GBG noch einmal neu aufrollen, damit die Fristen, die zwischen GBG und Kovac vereinbart wurden, jetzt nicht mehr halten, wenn hier nochmals Bedingungen dazukämen, wir werden morgen noch einmal verhandeln mit dem Obmann der Bürgerinteressen, der Firma Kovac und den Rechtsvertretern und wir werden morgen schauen, ob wir nicht wirklich einvernehmlich eine alles entscheidende Lösung zusammenbringen. Dann ist das, was der Sepp Schmalhardt in seinem Antrag will, aus meiner Sicht erfüllt, deshalb werden wir dem Antrag auch zustimmen. Der verbleibende Rest des Grundstücks wird dann für eine Wohnverbauung zur Verfügung stehen. Und ich sage Ihnen jetzt nur abschließend: Gestern hat mich eine Bürgerin, ich erwähne den Namen jetzt nicht, weil ihn sehr viele kennen, angerufen, die dort in unmittelbarer Umgebung wohnt, die gehört hat, dass es jetzt sozusagen diesen Antrag auf Wohnverbauung gibt, die sagt zu mir, Herr Stadtrat, bitteschön tun Sie alles, dass diese kleine Hallenlösung kommt, da haben wir den optimalsten Schutz in Sachen Lärm. Ich kann dir dann gerne den Namen sagen, du wirst die Dame ganz sicher kennen. Das heißt, meine Damen und Herren, ich bin dir dankbar, dass du ermöglicht hast mit der GBG, dass diese Lösung zustande kommt, ich will in der 37. und 38. Stunde des Verhandeln meinen Beitrag dazu leisten und bin ziemlich sicher, dass wir dort einigermaßen gut im Interesse der AnrainerInnen, aber auch im Interesse des Unternehmens Kovac über die Rampe kommen werden. Insofern ist es nicht dringlich, weil wir alles getan haben, um das auch richtig zu begleiten, aber im Inhalt, glaube ich, können wir ohne weiteres dort mitgehen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte noch auf einen Satz eingehen, geschätzter Herr Klubobmann, nachdem es mein Traum war und dazu stehe ich auch als damaliger Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsreferent, sind viele Unternehmen zu mir gekommen, die gesagt haben, liebe Stadt Graz, habt ihr kein Grundstück, ich möchte umsiedeln, ich möchte mich neu ansiedeln und wir hatten keinen Grundstückerhalt, wenn ich so sagen darf. Auch für Industrie- und für Wirtschaftsunternehmen. Jetzt haben wir sie, ich habe immer gesagt, das dauert mindestens zehn, fünfzehn Jahre bis sich auch diese Fläche füllen wird und ich bin auch froh, weil wir hätten jetzt im Falle dieser Problematik mit der Halle auch wieder nichts zum Anbieten gehabt. Jetzt hatten wir ein Angebot und dadurch kommt es wahrscheinlich auch zur Lösung. So gesehen ist ein kleiner Traum schon in Erfüllung gegangen, jetzt wieder ein weiterer und irgendwann wirst du mit mir dort unten stehen und wirst sagen, die ganzen ehemaligen Puchgründe sind verbaut mit gescheiterten Unternehmungen, dort gibt es für die Arbeitsplätze, daran halte ich fest.

GR. **Schmalhardt**: Ich darf mich für die Zustimmung bedanken und ich darf auch sagen, auch ich darf einen Traum haben und den habe ich transportieren wollen. Mir wäre die große Weisung, dass die Stadt für die drei Millionen in die Zukunft investiert, das ganze Areal kauft, gesamt umsiedelt und wir hätten dort wirklich ein großes Gebiet gehabt für eine schön Stadtentwicklung, das war mein Traum. Aber wie es ausschaut, wird wohl meinem Antrag zugestimmt, aber meine Vision wird wahrscheinlich nicht umgesetzt werden können. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht einige Jahre später dann, wenn der Herr Kovac draufkommt, dass das neue Areal viel besser ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.